

Sitzungsdatum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Ordnungsnummer
30.08.2023	6	0	606	09.03.02.01

Gesamtzahl der bewirtschafteten Stellen («Stellenpool»), Erhöhung

Das Wichtigste in Kürze

Die Gesamtzahl der bewirtschafteten Stellen («Stellenpool») der Gemeinde Zollikofen soll mit diesem Antrag erhöht werden. Damit soll der Gemeinderat wieder über die notwendige Flexibilität für die Stellenbewirtschaftung verfügen. Insbesondere wird damit angestrebt, dass dringend erforderliche Stellenschaffungen ermöglicht werden.

Ausgangslage

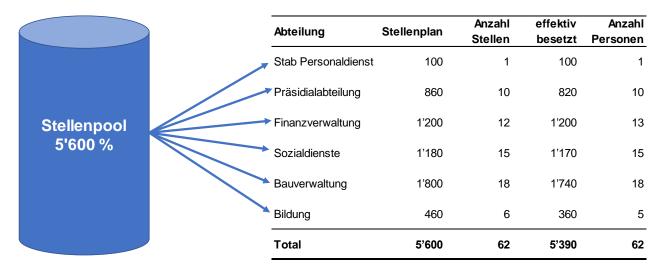
Es gehört zu den zentralen Aufgaben eines Arbeitgebers, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, damit die zur Erfüllung der Gemeindeaufgaben geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen und erhalten werden können. Im «Stellenpool» (Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen) sind keine Reserven mehr vorhanden. In letzter Zeit mussten deshalb verschiedene angemeldete Stellenschaffungsbegehren aufgeschoben werden.

Die Schaffung des «Stellenpools» erfolgte durch den Grossen Gemeinderat mit dem Erlass des damals totalrevidierten Personalreglements im Jahr 1997 (mit Inkrafttreten per 1. Januar 1998 und 5'400 Stellenprozenten). Der «Stellenpool» umfasst heute insgesamt 5'600 Beschäftigungsgradprozente bzw. 56 Vollzeitäquivalenzen. Bisherige Veränderungen im «Stellenpool» (GGR-Beschlüsse):

Datum	Bezeichnung	Veränderung	Saldo
25.06.1997	Beschluss GGR (neu) Pers.regl.	+5'400	5'400
27.06.2001	Schaffung Gemeindepolizei	+200	5'600
27.06.2001	Bereichsleiter Tiefbau	+100	5'700
19.08.2009	Aufhebung Gemeindepolizei	-200	5'500
19.08.2009	Amts- und Vollzugshilfe	+40	5'540
22.08.2012	Materialwart Zivilschutz per 1.1.2013	-60	5'480
24.04.2013	Schulsozialarbeit 1.8.2013 - 31.12.2013	+90	5'570
24.04.2013	Schulsozialarbeit ab 1.1.2014 (+weitere 30; total 120)	+30	5'600

Die einzelnen Stellen wurden durch den Gemeinderat für die verschiedenen Verwaltungsabteilungen geschaffen (Stellenplan). Die Besetzung durch fachlich kompetente, verantwortungsbewusste und einsatzfreudige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt schliesslich durch die zuständige Abteilungsleitung oder für oberste Kaderstellen durch den Gemeinderat. Der «Stellenpool» umfasst die Stellen der Gemeinde für die Verwaltung (inkl. Sozialarbeit) sowie für das Betriebs- und Unterhaltspersonal. Ausgenommen vom «Stellenpool» sind Anstellungen, deren Dienstverhältnis vollumfänglich durch das kantonale Recht geregelt ist (namentlich die Lehrkräfte der Volksschule) sowie Anstellungen, die geringe oder unregelmässige und stark schwankende Arbeitspensen aufweisen (wie beispielsweise Reinigungspersonal oder Betreuungspersonen in der Tagesschule).

Der «Stellenpool» von 5'600 Stellenprozenten wurde bisher wie folgt auf die Verwaltungsabteilungen / Stab (insgesamt 5'600 Stellenprozente) aufgeteilt:



(Stand: 7. August 2023)

Bedarf für Stellenschaffungen

Die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden in verschiedenen Abteilungen ist sowohl in zeitlicher und als auch aus inhaltlicher Sicht gross. Dies zeigt sich unter anderem in den aufgelaufenen Überzeitguthaben (bestehend aus: Gleitzeit-, Ferien- u/o Treueprämienguthaben), die schwierig abzubauen sind. Ausserdem können aus Gründen der knappen Stellendotierung viele Arbeiten und Projekte nicht rechtzeitig erledigt werden. Teilweise können zusätzliche Arbeiten nicht angegangen werden und bleiben in der Folge unerwünscht lange unbearbeitet (z. B. im Bereich Umwelt). So bleiben beispielsweise vom Parlament erheblich erklärte Vorstösse teilweise über Jahre liegen und können nicht umgesetzt werden, da die notwendigen Ressourcen fehlen. Vereinzelt zeigt sich bei den bestehenden Stellen (und Stelleninhabenden) mit den ursprünglichen Anforderungsprofilen auch fehlendes Know-how (v.a. Fachwissen), um die heute geforderten Erwartungen erfüllen zu können.

Angemeldete Stellenschaffungen und beantragte Erhöhung «Stellenpool»

Abteilung	Beschäftigungs- grad (Stellenprozente)	Erläuterungen
Finanzverwaltung	+ 105	 50 % Stellenneuschaffung, höhere Sachbearbeitung Finanz- und Rechnungswesen (inkl. ICT) 55 % bestehende Hauswartung in Stellenplan einbinden
Bauverwaltung	+160	 60-80 % Stellenneuschaffung, Umweltfachperson 60-80 % Stellenneuschaffung, Bauinspektorat
Bildung	+ 260	 50 % Stellenneuschaffung Administration Bildung und Schulleitungssekretariat 90 % Stellenneuschaffung Schulsozialarbeit 120 % bestehende Co-Leitung Tagesschule in Stellenplan einbinden
Reserve	+ 175	 Reserve für die nächsten Jahre, damit der Ge- meinderat rasch auf veränderte Bedürfnisse reagieren kann.
TOTAL	+ 700	(+ 12.5 % gegenüber heutigem Stellenpool)

Begründungen für die Erhöhung «Stellenpool»

Allgemein

In zahlreichen Aufgabengebieten kann der Bedarf anhand von wichtigen Kennzahlen abgeleitet werden, welche unmittel- oder mittelbaren Einfluss auf die Erledigung der kommunalen Aufgaben haben. Seit der letzten generellen Festlegung der Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen im Jahr 1997 sind 25 Jahre vergangen. Nachfolgend eine Auswahl von massgebenden Einflussgrössen, welche das generelle Wachstum der Gemeinde und der damit einhergehen Aufgaben dokumentieren:

Indikator	1997	2022	Veränderung
Einwohnerzahl	9'308	11'431	+ 22,8 %
Ausländeranteil	14 %	24 %	+ 71 %
Schüler/innen	896	1'100	+ 22,8 %
Steuerpflichtige	5'104	6'737	+ 32 %
Wohnungen	4'270	5'737	+ 34 %
Gebäude	2'042	2'570	+ 25 %
zum Vergleich:			
effektiv besetzte Stellen	5'230	5'380	+ 2,9 %

Seit 1997 sind verschiedene Aufgaben an die Gemeinden übertragen worden (durch übergeordnetes Recht oder durch selbstgewählte Aufgaben). Andere Aufgaben sind weggefallen oder an andere Stellen übertragen worden (an Kanton oder ausgelagerte Gemeindeaufgaben). Innerhalb der Verwaltung konnte die zunehmende Arbeitslast in dieser Zeit dank dem effizienten Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) teilweise aufgefangen werden und damit mit dem bestehenden Mitarbeitenden-Bestand erledigt werden (z. B. Einführung und Etablierung integrale Gemeindesoftwarelösung, elektronische Geschäftsverwaltung, fachspezifische Applikationen, webbasierte Online-Lösungen, etc.). Im Betriebs- und Unterhaltsdienst (Werkhof, Friedhof, Hauswartungen) haben technische und maschinelle Entwicklungen, Hilfsmittel und Anschaffungen mitgeholfen, die ständig zunehmende Arbeitslast abfedern und effizient erledigen zu können.

Der Aufwand für die Erfüllung der Gemeindeaufgaben steigt vor dem Hintergrund der steigenden Bevölkerung, zunehmender und schneller ändernden gesetzlichen Regulierungen, zunehmender Transparenzanforderungen und -kontrollen permanent an. Dieser Mehraufwand bei gleichzeitig unveränderter Anzahl Stellen konnte nur mit Investitionen in die ICT, die Digitalisierung und Automation sowie teilweise infolge wegfallender Aufgaben aufgefangen werden.

Finanzverwaltung

Für die Kindergärten Häberlimatte besteht eine langjährige Festanstellung mit einem Beschäftigungsgrad von 55 % (vormals Kindergärten Lindenweg mit BG 40 %). Der Beschäftigungsgrad errechnet sich analog der Bewertungsmethode der übrigen Liegenschaften. Diese bestehende Stelle ist bisher nicht im Stellenpool enthalten. Da diese dauerhaft einen BG von über 50 % aufweist, ist die Aufnahme in den Stellenpool gerechtfertigt.

Die Finanzverwaltung mit den zahlreichen Querschnittsaufgaben vermag die eigenen und meist termingebundenen Geschäftsfelder (Investitions- und Finanzplan, Budget, Rechnung) nur mit steten Zusatzefforts der Involvierten bewältigen (Abend- und Wochenendarbeiten). Für Projekte und konzeptionelle Arbeiten sind ungenügende bzw. fast keine Ressourcen, insbesondere bei den beiden Leitungsfunktionen (Finanzverwalter und dessen Stellvertreter) vorhanden. So bleiben wichtige Aufgaben (z. B. Einführung neuer Softwaremodule, ICT-Konzept Gemeindeverwaltung, Überarbeitung von Erlassen, Führungsaufgaben, Weiterbildungen, Archivarbeiten und Datenpflege) unerledigt oder können einzig mit minimalem bzw. ungenügendem Personaleinsatz ausgeführt werden. Damit die Aufgabenbereiche der Finanzverwaltung auch künftig im bisherigen Umfang und deren Qualität erbracht werden können, sind kurz- bis mittelfristig ergänzende Stellenprozente nötig. Hierfür bedarf es 50 Beschäftigungsgradprozente für einen Mitarbeitenden auf Stufe höherer Sachbearbeitung.

Bauverwaltung

Gemeinden in ähnlicher Grösse weisen jeweils einen Fachbereich «Umwelt», teilweise in Kombination mit der Planung aus. Dieser ist als Stabsstelle anzuordnen, um dessen bereichs- und teilweise sogar abteilungsübergreifende Funktion herauszustreichen. In Zollikofen existiert keine solche Stelle, obwohl auf der politischen Agenda diesem Bereich hoher Stellenwert beigemessen wird. Die heutige Kombination des Umweltbereichs mit den Liegenschaften ist nicht ideal, weil die Anforderungsprofile dieser zwei Bereiche unterschiedlich sind. Der Bereich Umwelt muss sinnvollerweise von einer Person geführt werden, die über das nötige Fachwissen verfügt, einen persönlichen Bezug zum Thema aufweist und im Sinne einer Vorbildfunktion lebt, was sie vertritt. Im Bereich Liegenschaften kommen in den nächsten Jahren grosse Projekte (z. B. Neubau Kindergärten Steinibach, diverse grössere Sanierungen von Schulbauten) auf die Bauverwaltung zu, die Ressourcen in diesem Bereich binden werden. Eine Entflechtung der Arbeitsbereiche Umwelt, Liegenschaften, Tiefbau und Bauinspektorat wird als sinnvoll erachtet. Für das Bauinspektorat weist Zollikofen im Vergleich mit anderen Gemeinden sehr wenige Stellenprozente aus. Als sogenannt grosse Gemeinde mit umfassender Baubewilligungskompetenz ist ein genügend ausgebautes Bauinspektorat von zentraler Bedeutung.

Bilduna

Die Mitarbeitenden der Tagesschule sind bisher nicht in den Stellenplan einbezogen worden. Infolge des teilweise stark schwankenden Beschäftigungsgrads, welcher auf die jährlich wechselnden Belegungen zurückzuführen ist, wird das Betreuungspersonal weiterhin nicht in den Stellenplan einbezogen. Hingegen soll die Leitung der Tagesschule (heute mit Co-Leitung) mit ihrem Umfang von insgesamt 120 Stellenprozenten künftig in den Stellenplan integriert werden.

Die Schülerinnen- und Schülerzahlen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Diese beeinflussen die Arbeitsmenge sowohl in der Abteilung Bildung als auch bei den Schulleitungen (und damit das Schulleitungssekretariat) sowie der Schulsozialarbeit direkt und unmittelbar. Seit der Erhöhung der Stellenprozente der Schulsozialarbeit im Jahr 2014 sind die Schülerzahlen stark angestiegen und werden weiter stark zunehmen. Auch ist das Schulumfeld viel komplexer geworden, die gesellschaftlichen Belastungen grösser. Themen wie Migrationskonflikte, Suizidalität, Angstzustände, steigende Gewaltbereitschaft, Mobbing, Disziplinarprobleme, Grenzüberschreitungen und Regelbrüche, hoher Medienund Internetkonsum fordern auch die Schulsozialarbeit zunehmend stark. Die Fallbelastung ist massiv gestiegen, der Dokumentationsaufwand aufgrund der Schwere der Fälle nimmt zu. Ebenso nehmen die Komplexität der Fälle und somit der Koordinations- und Abspracheaufwand zu. Abnehmende Stellen, an welche triagiert werden kann (Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Therapiestellen, Beratungsstellen u. ä.) sind ebenfalls überlastet und es entstehen Wartezeiten, welche auch durch die Schulsozialarbeitenden überbrückt werden müssen. Die Sekundarstufe I verfügt über keine Schulsozialarbeit vor Ort. Stattdessen leisten die beiden Schulsozialarbeitenden Einsätze in Krisensituationen ambulant. Diese Arbeit hat stark zugenommen und es ist dringend notwendig, dass die Sekundarstufe I eine eigene Schulsozialarbeit vor Ort hat. Aufzubauen und zu verbessern wie auch zu formalisieren sind zudem die schulinterne wie die gemeindeinterne und gemeindeexterne Vernetzung und Klärung der Rollen und Abläufe wie auch die konkreten Zuständigkeiten.

Rechtsgrundlagen

- Gemeindeverfassung vom 30. November 2003 (SSGZ 101.1); Art. 54 Abs. 1 Bst. f
- Personalreglement vom 25. Juni 1997 (SSGZ 153.01); Art. 9

Bezug zum Leitbild und anderen wichtigen Planungen

Das vorliegende Geschäft hat keinen direkten Bezug zum Leitbild. Es läuft keiner Stossrichtung des Leitbilds, des Umsetzungsprogramms und keinem Lösungs- und Handlungsansatz zu wider. Es kann jedoch dem im Legislaturprogramm 2021 – 2024 enthaltenen Punkt «Attraktive Arbeitgeberin Gemeinde Zollikofen» zugerechnet werden.

Finanzielle Auswirkungen

Für 100 Stellenprozente sind auf Jahresbasis (Annahme mittlere Gehaltsklassen- und -stufeneinreihung, inkl. Arbeitgeberbeiträge) rund Fr. 106'000.00 einzusetzen.

Für die bereits existierenden Stellen, welche neu in den Stellenplan aufgenommen werden, fallen keine zusätzlichen Kosten gegenüber den bisherigen Budget- und Rechnungsjahren an.

Die kurz- und mittelfristig konkret beabsichtigten Stellenneuschaffungen führen zu jährlichen Mehrkosten von rund. Fr. 380'000.00. Diese Zusatzaufwendungen sind im Budget 2024 eingestellt.

Personelle und organisatorische Auswirkungen

Mit dem erhöhten «Stellenpool» kann der Gemeinderat seine Zielsetzungen einer nachhaltigen Personalpolitik als attraktive Arbeitgeberin festigen und aktiv wahrnehmen. Die Belastung der Mitarbeitenden kann durch die damit ermöglichten Stellenschaffungen in Grenzen gehalten werden.

Mit dem erhöhten «Stellenpool» kann der Gemeinderat am bewährten System der Stellenbewirtschaftung festhalten, wonach er im Rahmen der bewilligten Gesamtstellenzahl Bewegungen im Personalbestand und den Personaleinsatz auf flexible Art ermöglicht.

Die konkreten Stellenschaffungen obliegen dem Gemeinderat im Nachgang zur Erhöhung des «Stellenpools». Dazu werden alle erforderlichen Angaben mit detailliertem Bedarfsnachweis und Stellenbeschrieb, Gemeindevergleiche, Eingliederung in Organigramme (mit vorgesetzten bzw. untergebenen Stellen), konkrete Gehaltsklasseneinreihungen sowie Angaben zu Arbeitsplatz und nötiger Infrastruktur vorzulegen sein.

Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt, Gesellschaft

Sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft sind auf eine effiziente und leistungsstarke Gemeindeverwaltung mit einem guten Service public angewiesen (z. B. rasche Erledigung von Bürgeranfragen oder Gesuchen/Bewilligungen). Eine serviceorientierte Verwaltung und Betriebe sind gemäss Bevölkerungsumfragen die Stärken von heute, die der Gemeinderat erhalten und ausbauen will (vgl. Lagebeurteilung 2021).

Stellungnahme Finanzkommission

Die aufgezeigten Indikatoren dokumentieren eindrücklich das generelle Wachstum der Gemeinde. Nebst dem Wachstum sind die Begründungen für die Erhöhung des Stellenpools für die Finanzkommission absolut nachvollziehbar. Die jährlichen Mehrkosten von rund Fr. 380'000.00 belasten die Erfolgsrechnung und demnach wiederkehrend den allgemeinen Finanzhaushalt. Die Kommission stimmt dem Geschäft zu.

Antrag Gemeinderat

Die Gesamtzahl der zu bewirtschaftenden Stellen («Stellenpool») gemäss Art. 9 des Personalreglements wird per 1. Januar 2024 um 700 Stellenprozente auf neu 6'300 Stellenprozente erhöht.

Zollikofen, 7. August 2023

Zuständigkeiten:

Departement: Präsidiales

Sachbearbeiter/in: Daniel Bichsel, Gemeindepräsident